

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 76. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 21. Februar 2019

### 1. Abgeordnete

**Kathrin Anklam-Trapp,  
Dr. Tanja Machalet und  
Sven Teuber (SPD)**

#### **Neue Konzepte zur Vermeidung von Armut**

In der aktuellen Diskussion über einen neuen Sozialstaat werden auch neue Instrumente zur Vermeidung von Armut diskutiert. Jüngste Presseveröffentlichungen beschreiben auch Maßnahmen gegen Kinder- und Jugendarmut.

Vor dem Hintergrund der laufenden Initiativen des Sozialministeriums in diesem Bereich fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Kinder sind in Rheinland-Pfalz Armutsrisiken ausgesetzt? Welche spezifischen Probleme haben Kinder in Armut?
2. Wie schätzt die Landesregierung unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung von Kinderarmut die Änderungen des Kinderzuschlags und des Bildungs- und Teilhabepaktes durch die Bundesregierung ein?
3. Was sind aus Sicht der Landesregierung notwendige Voraussetzungen und geeignete sozialpolitische Eckpunkte für einen verbesserten Schutz von Kinder- und Jugendlichen vor Armut?

### 2. Abgeordnete

**Marion Schneid und  
Gerd Schreiner (CDU)**

#### **Angekündigter Stellenabbau an der Universitätsmedizin Mainz**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Zahl der Stellen in den vergangenen fünf Jahren an der Universitätsmedizin entwickelt?
2. In welchen Bereichen soll der Stellenabbau erfolgen?
3. Inwieweit wird sich aufgrund der bereits heute schon angespannten Personalsituationen in vielen Teilen der Universitätsmedizin durch einen Stellenabbau die medizinische und pflegerische Versorgungsqualität verschlechtern?
4. Kann die Landesregierung ausschließen, dass es bis Ende dieser Legislaturperiode zu einem weiteren Stellenabbau kommen wird?

### 3. Abgeordneter

**Martin Louis Schmidt  
(AfD)**

#### **Entwicklung des Mittelrheintals bis zur Buga 2029**

Eine erfolgreiche Buga 2029 im Oberen Mittelrheintal setzt voraus, dass das Lärmproblem im Oberen Mittelrheintal bis dahin deutlich gemindert wird und dass die dortige Verkehrsinfrastruktur deutlich aufgewertet wird.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung des Programms „Leises Mittelrheintal“?
2. Kann die Landesregierung garantieren, dass die Mittelrheinbrücke bis zum Beginn der Buga fertiggestellt ist?
3. Welche Gespräche haben nach der Verabschiedung des Bundesverkehrswegeplans 2030 zwischen Vertretern der Landesregierung und der Bundesregierung über das Projekt Neubaustrecke Troisdorf – Mainz-Bischofsheim für den Schienengüterverkehr stattgefunden?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Aussagen von Staatssekretär Enak Ferlemann (CDU): „Um den Bau einer Neubaustrecke für den Güterverkehr wirtschaftlich begründen zu können, müsste sich das Verkehrsaufkommen des Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene im Mittelrheintal deutlich, etwa um den Faktor 10, über die bis 2030 prognostizierten Zugzahlen hinaus erhöhen“?

**4. Abgeordnete  
Steven Wink und  
Marco Weber (FDP)**

**23 schadstoffarme Busse für die Mainzer Verkehrsgesellschaft**

Im Rahmen des Aktionsprogramms „Saubere Mobilität“ unterstützt das Land Maßnahmen, die dabei helfen sollen, innerstädtische Fahrverbote in Rheinland-Pfalz zu verhindern. Mithilfe dieses Programms hat die Mainzer Verkehrsgesellschaft jüngst 23 neue, umweltfreundliche Busse der Norm Euro-6 beschaffen können.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie wirken sich die neu angeschafften Busse der Stadt Mainz auf die Stickoxid-Belastung aus?
2. Welche sonstigen Vorzüge bieten die neuen Busse im Vergleich zu den bisher eingesetzten?
3. Sind ähnliche Maßnahmen für die Städte Koblenz und Ludwigshafen geplant oder schon in der Umsetzung?

**5. Abgeordnete  
Pia Schellhammer und  
Dr. Bernhard Braun  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**„Ja zur Einbürgerung“ – Zehn Jahre Einbürgerungskampagne Rheinland-Pfalz**

Eines der wichtigsten integrationspolitischen Ziele der Landesregierung ist die gleichberechtigte Teilhabemöglichkeit von Migrantinnen und Migranten. Die volle politische Teilhabe ist in Deutschland nur mit der deutschen Staatsangehörigkeit möglich. Die Landesregierung fördert und unterstützt daher die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern, die dauerhaft hier leben.

Seit zehn Jahren macht die Landesregierung mit der Einbürgerungskampagne „Ja zur Einbürgerung“ auf dieses Thema aufmerksam und informiert über die Voraussetzungen für eine Einbürgerung und über die bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangebote in Rheinland-Pfalz.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erfahrung konnte die Landesregierung in den letzten zehn Jahren mit der Einbürgerungskampagne „Ja zur Einbürgerung“ machen?
2. Wie haben sich die Zahlen der Einbürgerungen in den letzten Jahren entwickelt?
3. Welche Auswirkungen hat der Brexit auf die Einbürgerungen von Britinnen und Briten in Rheinland-Pfalz?
4. Welche rechtlichen Rahmenbedingungen sollten aus Sicht der Landesregierung geändert werden, um möglichst vielen Menschen eine Einbürgerung zu ermöglichen?

**6. Abgeordnete  
Marion Schneid,  
Christine Schneider und  
Dr. Adolf Weiland (CDU)**

**Trennung der Universität Koblenz-Landau**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Dokumente, Planungen und Studien waren Grundlage für die Entscheidung zur Trennung und Neustrukturierung der beiden Campi Koblenz und Landau?
2. Welche Planungen, empirischen Erhebungen und Projektionen existieren bereits für die Zukunft der künftigen Universität Koblenz und der Universität Kaiserslautern-Landau?
3. Mit welchen finanziellen Mehrausgaben plant die Landesregierung für die Phase der Neustrukturierung als auch für die strukturelle Ausfinanzierung der künftigen Universität Koblenz und der künftigen Universität Kaiserslautern-Landau?
4. Mit welchen organisatorischen und strategischen Szenarien plant die Landesregierung für die künftige Universität Koblenz und die künftige Universität Kaiserslautern-Landau?

**7. Abgeordnete  
Michael Hüttner,  
Benedikt Oster und  
Johannes Klomann (SPD)**

**Hessischer Verwaltungsgerichtshof entscheidet über Klage gegen „Südumfliegung“**

Am 14. Februar 2019 hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel entschieden, dass die Festlegung der „Südumfliegung“ rechtens sei.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Konsequenzen ergeben sich für die von der „Südumfliegung“ betroffenen Kommunen durch die Abweisung ihrer Klage vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof?
2. Auf welcher Grundlage hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof die Klage gegen die „Südumfliegung“ abgewiesen?
3. Wurden die Anliegen der rheinland-pfälzischen Kommunen bei der Gerichtsverhandlung in gleichem Ausmaß berücksichtigt wie die Anliegen der hessischen Kommunen?
4. Wie kann die Landesregierung die von Fluglärm besonders betroffenen rheinhessischen Kommunen in Zukunft in ihren Zielen für einen besseren Lärmschutz unterstützen?

**8. Abgeordneter  
Damian Lohr (AfD)****Duldung des Haus Mainusch**

Der Presse ist zu entnehmen, dass die Duldungsphase des Haus Mainusch erneut verlängert wurde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie lange wird die Duldungsphase des Haus Mainusch andauern?
2. Wann wird das Haus Mainusch abgerissen?
3. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse über extremistische Aktivitäten und Bestrebungen im Haus Mainusch vor?
4. Hat der Innenminister seine Behörde motiviert, hier genauer hinzuschauen und wenn nein, wieso nicht?

**9. Abgeordnete  
Marco Weber und  
Steven Wink (FDP)****Förderung des landwirtschaftlichen Wegebaus außerhalb der Flurbereinigung**

Das ländliche Wegenetz und der Wirtschaftswegebau erfüllen in den ländlichen Räumen eine wichtige Aufgabe. Eine starke und funktionierende Landwirtschaft ist auf ein belastbares, gut ausgebautes Wegenetz angewiesen. Im Rahmen des jüngst verabschiedeten Landeshaushalts für die Jahre 2019 und 2020 wurden die Mittel für den Wirtschaftswegebau weiter erhöht.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welchen Stellenwert misst die Landesregierung dem Wirtschaftswegebau zu?
2. Welches Ziel verfolgt die Landesregierung mit der Förderung des landwirtschaftlichen Wegebaus?
3. Beabsichtigt die Landesregierung, finanzschwache Gemeinden zukünftig besser beim Wirtschaftswegebau zu unterstützen und falls ja, mit welchen Instrumenten soll diese Unterstützung erfolgen?
4. Wie verläuft die Instandsetzung der durch die teils heftigen Unwetter im vergangenen Jahr verursachten Schäden an den Wirtschaftswegen in Rheinland-Pfalz?

**10. Abgeordneter  
Daniel Köbler  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Prekäre und atypische Beschäftigung**

Der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland hat Anfang Februar 2019 eine Analyse zur Entwicklung der prekären und atypischen Beschäftigung in Rheinland-Pfalz vorgestellt. Diese hatte zum Ergebnis, dass diese Beschäftigungsarten überproportional angestiegen sind.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Ergebnisse der DGB-Analyse zur Entwicklung der prekären und atypischen Beschäftigung in Rheinland-Pfalz?
2. Wie kann insbesondere die Zahl der prekär Beschäftigten verringert werden?
3. Mit welchen arbeitsmarktpolitischen Initiativen und Projekten ist hier die Landesregierung aktiv und stärkt das Potenzial von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern?
4. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, inwiefern der deutliche Anstieg von Teilzeitbeschäftigten auf eine stärkere Aufteilung der Arbeitszeit in der Familie zwischen den Elternteilen zurückgeht?

**11. Abgeordnete****Josef Dötsch und  
Dr. Adolf Weiland (CDU)****Ausbau einer leistungsstarken Mobilfunkversorgung für Rheinland-Pfalz**

In der vergangenen Sitzung des Bundesrats reichte die rheinland-pfälzische Landesregierung einen Antrag zur bundesweiten Förderung der Mobilfunkversorgung ein. Den entsprechenden Medienberichten zufolge betonte die Landesregierung die Dringlichkeit des Ausbaus einer leistungsstarken Mobilfunkversorgung und der Schließung von Funklöchern, insbesondere im ländlichen Raum.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den gegenwärtigen Zustand der bestehenden Netzinfrastruktur in Rheinland-Pfalz, insbesondere im Hinblick auf den bevorstehenden 5G-Ausbau?
2. Sind der Landesregierung beim aktuellen Netzstandard hinsichtlich von Mobilfunk und Datenübertragung größere Versorgungslücken in Rheinland-Pfalz bekannt und wenn ja, wie verteilen sich diese?
3. Welche Handlungsbedarfe sieht die Landesregierung in ihrem Verantwortungsbereich, um dem Versorgungsdefizit entgegenzuwirken und um den Ausbau der regionalen Mobilfunkinfrastruktur zu realisieren?
4. Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung vor, um nicht ausgeschöpfte Potenziale für mobiles Internet (LTE) in Rheinland-Pfalz besser zu nutzen bzw. weiterzuentwickeln?

**12. Abgeordnete****Nico Steinbach und  
Michael Hüttner (SPD)****Bundesratsinitiative zur Unterstützung der Forstbetriebe**

Anlässlich der großen Schäden durch die langanhaltende Hitze sowie durch Sturm und Starkregen im letzten Jahr sind 84 Prozent der Bäume in Rheinland-Pfalz geschädigt. Die Landesregierung hat für den Staatswald bereits im Haushalt jeweils 7 Millionen Euro für die Jahre 2019 und 2020 eingestellt. Die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Mittel von jeweils 5 Millionen Euro über die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ für die nächsten fünf Jahre wurden bei der Sitzung des Bundesrats am 15. Februar 2019 von der Mehrheit der Bundesländer als nicht ausreichend bewertet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Von welcher Schadenssumme ist aktuell für den rheinland-pfälzischen Waldbestand auszugehen?
2. Welche Forderungen wurden bei der Bundesratssitzung von der Mehrheit der Bundesländer an die Bundesregierung gestellt?
3. Wie groß ist der Anteil der 5 Millionen Euro Bundesmittel, der den Privat- und Kommunalwaldbesitzern in Rheinland-Pfalz zukommt?
4. Mit welcher Summe wird die Zahlung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ vom Land Rheinland-Pfalz kofinanziert?

**13. Abgeordnete****Gabriele Wieland (CDU)****Bundesratsbeschluss zur Wiedereinführung der Meisterpflicht**

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Form unterstützt die Landesregierung die Umsetzung des Beschlusses zur Wiedereinführung der Meisterpflicht?
2. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Landesregierung, um einer Verschlechterung des Ausbildungsniveaus entgegenzuwirken?
3. Teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass mit einer Umsetzung dieses Beschlusses die Qualität sowohl im Interesse der Betriebe als auch zum Nutzen der Verbraucher gestärkt wird?
4. Teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass damit wieder mehr Auszubildende gewonnen werden können und die Anzahl der Scheinselbstständigen in diesem Bereich zurückgeführt werden kann?

**14. Abgeordnete**  
**Marlies Kohnle-Gros**  
(CDU)

**Gewinnung von Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärtern für die rheinland-pfälzische Justiz**

Im Landeshaushalt 2019/2020 wurden zusätzliche Anwärterstellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger beschlossen, die nun so schnell wie möglich besetzt werden sollten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Anwärterinnen und Anwärter befinden sich derzeit im Vorbereitungsdienst (bitte getrennt nach Ausbildungsabschnitten auflühren)?
2. Wie ist das Verhältnis der Absolventen in den vergangenen drei Jahren zu den offenen Stellen?
3. Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen?
4. Gibt es aktive Werbemaßnahmen der Landesregierung zur Erhöhung der Ausbildungskapazitäten?

**15. Abgeordnete**  
**Jutta Blatzheim-Roegler**  
**und Pia Schellhammer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Tempolimit auf rheinland-pfälzischen Autobahnen**

Eine überhöhte Geschwindigkeit auf Straßen unabhängig von der Klassifizierung führt immer wieder zu Verkehrsunfällen mit Verletzten und Toten. Kürzlich hat sich die Gewerkschaft der Polizei für ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen ausgesprochen, da nach ihrer Erfahrung und Einschätzung eine Tempobeschränkung Verkehrsunfälle mit Schwerverletzten und Toten reduzieren werde. Nach Angaben des Landesbetriebs Mobilität Rheinland-Pfalz gibt es bisher auf gut der Hälfte der Autobahnkilometer, die durch Rheinland-Pfalz führen, keine Geschwindigkeitsbegrenzung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Verkehrsunfälle wegen Überschreitung des Tempolimits ereigneten sich in den letzten fünf Jahren auf rheinland-pfälzischen Autobahnen und wie viele davon endeten tödlich (bitte aufschlüsseln nach Jahren)?
2. Wie viele Streckenabschnitte auf rheinland-pfälzischen Autobahnen unterliegen einer Geschwindigkeitsbegrenzung (bitte mit Angabe der Summe in absoluten Zahlen und in Relation zum gesamten rheinland-pfälzischen Autobahnnetz)?
3. Inwiefern liegen der Landesregierung Kenntnisse vor, wonach sich nach Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf rheinland-pfälzischen Autobahnabschnitten die Unfallzahlen zurückentwickelt haben?

**16. Abgeordneter**  
**Bernhard Henter (CDU)**

**Situation der Leichenschau in Rheinland-Pfalz**

In der Rhein-Zeitung vom 18. Februar 2019 wurde über die Kritik der Gewerkschaft der Polizei (GdP) an der derzeitigen Praxis der Leichenschau in Rheinland-Pfalz berichtet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die derzeitige Situation bei der Leichenschau?
2. Teilt die Landesregierung die Einschätzung der GdP, Leichenschauen nur von besonders qualifizierten und amtlich verpflichteten Ärzten mit Routine durchführen zu lassen?
3. Hält die Landesregierung das österreichische Modell in Rheinland-Pfalz für umsetzbar, wonach die Leichenschau in Großstädten durch die Rechtsmedizin erfolgt, während auf dem Land sogenannte „Sprengelärzte“ eingesetzt werden, die jede Leiche in ihrem Bezirk qualifiziert anschauen und darüber hinaus einer amtlichen Verpflichtung unterliegen?

